

## Niederschrift

über die 24. Sitzung des Hauptausschusses der Gemeinde Wadersloh im Ausschusszimmer  
(Tel. 950-105) des Rathauses Wadersloh am 17.06.2008

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 20:05 Uhr

Anwesend:

a) vom Gremium:

Bürgermeister

BM Westhagemann, Theo

Mitglieder:

RM Böcker-Riese, Hannelie

RM Bösl, Ulrich

ab 17:40 Uhr (P. 3 teilw.)

RM Driftmeier, Josef

RM Fleiter, Albert Josef

RM Fleiter, Ferdinand

RM Hollenhorst, Elisabeth

bis 19:00 Uhr (P. 4 teilw.)

RM Jungilligens, Alfred

ab 19:00 Uhr (P. 4 teilw.)

RM Marx, Bernd

RM Nienaber, Ulrich

RM Petertombeck, Paul

RM Schmidt, Erich

b) von der Verwaltung:

BG Gödde, Heinz-Hermann

Herr Ahlke, Elmar

Herr Morfeld, Norbert

Herr Westarp, Jörg

Frau Overesch, Karola

Herr Jathe, Josef

Frau Haske, Ute

c) Gäste:

Herr Siemonsmeier, Gemeindeprüfungsamt NRW

zu P. 3

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Begrüßung
2. Einwohnerfragestunde
3. Vorstellung der Ergebnisse der Untersuchung zur Optimierung des Bauhofes der Gemeinde Wadersloh
4. Vorstellung der derzeitigen Pflegerhythmen
5. Neueste Entwicklungen zu Ganztags- und Betreuungsangeboten an Haupt- und Realschulen
6. Verschiedenes
  - 6.1. Lampe am Schulweg
  - 6.2. Unterlagen zu P. 3 u. 4
  - 6.3. Personalrat

I. Öffentlicher Teil

**1 Begrüßung**

---

Zur Sitzung des Hauptausschusses war unter Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden. BM Westhagemann begrüßte die vorstehend Genannten sowie die anwesenden Bürger, die Presse und Herrn Siemonsmeier von der Gemeindeprüfungsanstalt. Er stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

**2 Einwohnerfragestunde**

---

Fragen wurden nicht gestellt.

### **3 Vorstellung der Ergebnisse der Untersuchung zur Optimierung des Bauhofes der Gemeinde Wadersloh**

---

Alle Kosten- und Leistungsspektren des Bauhofes wurden einer intensiven Prüfung unterzogen. Dabei wurde der Status quo der erbrachten Leistungen in den Mittelpunkt gestellt. Neben der Ermittlung des Leistungsumfangs wurde auch der Personalbedarf anhand der zu erbringenden Leistungen in den einzelnen Bereichen ermittelt.

Herr Siemonsmeier von der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen berichtete in der Sitzung ausführlich. Sein Power-Point-Vortrag ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Während des Vortrages erkundigte sich RM Bösl, ob bei der Unterhaltung von Verkehrsflächen auch Bereiche des Wasser- und Bodenverbandes durch den Bauhof bearbeitet würden. BG Gödde bestätigte, dass der Wasser- und Bodenband grundsätzlich Fremdfirmen beauftragen würde.

Zur Folie Bitumenarbeiten (Splitten) erkundigte sich RM Hollenhorst, warum die Kosten für die Geräteausleihe nicht mit aufgeführt worden wären. Herr Siemonsmeier erklärte, dass lediglich die Personalkosten für die Verdeutlichung wichtig seien.

Nach dem Vortrag bedankte sich BM Westhagemann bei Herrn Siemonsmeier und gab die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

RM B. Marx äußerte sich positiv über die detaillierte Auflistung der Leistungen des Bauhofes. Seitens der Bürgerschaft kämen immer mal wieder Klagen, dass Beete teilweise verwaorlost seien. Der Begriff „verwaorlost“ wurde von BM Westhagemann zurückgewiesen. Durch die Arbeit von Herrn Siemonsmeier könne nachvollzogen werden, so RM B. Marx, dass der Bauhof zwar den Anforderungen gerecht werde, die Arbeiten jedoch aufgrund der Unterbesetzung nicht zu schaffen sei. Es stelle sich nunmehr die ökonomische Frage, was das Dorfbild wert ist. Im Hinblick auf die Bemühungen im Bereich Tourismus durch die Marketing GmbH vertrat RM B. Marx die Auffassung, dieses Bild noch verbessern zu müssen. Die hierfür notwendige Aufstockung des Personals sah er als kaum finanzierbar an. Er sprach sich dafür aus, über Zielvereinbarungen die Kernkompetenzen zu optimieren und zu versuchen, Teilbereiche durch Dritte (beispielsweise Anwohner von Beeten) bearbeiten zu lassen. Aus sozialpolitischen Gesichtspunkten sei er gegen eine Fremdvergabe an sog. Billiganbieter. Des Weiteren schlug er vor, auf längere Sicht bei neuen Baugebieten weniger pflegeintensive Beete herzurichten. Die detaillierte Betrachtung der vorhandenen Bereiche sei ebenfalls sinnvoll, da bereits Kleinigkeiten nützlich seien. Bezüglich der Beratungen über den Abbau des Defizits beim Personal müssten kurzfristige Ziele gesetzt werden.

RM Driftmeier sprach sich positiv über betriebswirtschaftliche Betrachtungsweisen aus. Er wollte von Herrn Siemonsmeier wissen, ob hochgerechnet werden könne, was bzw. wie viele Leistungen der Bauhof in Gegenüberstellung der Kosten erbracht habe. Herr Siemonsmeier teilte mit, dass aufgrund saisonaler Schwankungen noch keine Zahlen ermittelt wurden. Ein unterjähriges Berichtswesen befände sich im Aufbau. Auf Nachfrage von RM Driftmeier, warum bisher kein Controlling eingesetzt würde, erklärte Herr Siemonsmeier, dass hierfür im Vorfeld Vorgaben bzw. Festlegungen erfolgen müssten. Diese seien bisher nicht vorhanden. BM Westhagemann betonte, dass aus diesem Grund die Beratungen zu P. 4 wichtig seien. Durch das Festlegen von Pflegestandards werde auch die Grundlage für ein Controlling geschaffen.

RM Bösl wollte wissen, warum die Stundenzahl im Bereich Weihnachtsbaumaufstellung so hoch sei. Herr Westarp erklärte, dass für die vier benötigten Bäume jährlich um Spenden aus der Bürgerschaft gebeten werde. Um zu ermitteln, ob diese Bäume brauchbar seien, müsste er vor Ort nachsehen, Absagen bei Unbrauchbarkeit erteilen, weitere Spender aufsuchen usw. Die Bäume, die letztendlich genutzt werden könnten, würden in der Regel durch Bauhofmitarbeiter gefällt und dann aufgestellt.

Das Defizit beim Personal stellte RM Bösl in Frage. Es seien auf Wunsch Aushilfen eingestellt worden und bei Engpässen seien die Freckenhorster Werkstätten engagiert worden. Seiner Meinung nach sei der notwendige Standard das momentane IST.

Die Mitglieder des HA waren sich einig, dass eine Festlegung von Standards schwierig sei. RM Hollenhorst gab zu bedenken, dass unterschiedliche Vorstellungen in der Bürgerschaft bestünden. Kritik sei leicht geäußert. Wenn jedoch Eigeninitiative gefordert sei, würden viele ihren Rückzug antreten. Sie sprach sich dafür aus, die Bürger wieder zu mehr Engagement aufzurufen.

BM Westhagemann betonte, dass eine detaillierte Betrachtung und Festlegung von Standards zwar schwierig aber erforderlich sei. Notfalls müsse über jede Fläche einzeln beraten werden. Andernfalls könne ein echtes Controlling nicht eingerichtet werden.

Über welchen Zeitraum die der Arbeit zugrunde liegenden Daten erfasst seien und ob Vergleichszahlen vorlägen, wollte RM Petertombeck wissen. Herr Siemonsmeier berichtete, dass er ermittelte Daten aus drei Jahren genutzt hätte. Leistungspreise als Vergleichsdaten zu sammeln, sei schwierig, da die Kalkulationen hierfür identisch sein müssten. Zudem könnten unterschiedliche Gründe bei verschiedenen Kosten vorliegen.

RM E. Schmidt brachte vor, dass nicht nur betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden dürften. Wichtig seien ebenso ökologische Fragen. Aus seiner Sicht müsse nicht alles hundertprozentig sein. Schließlich handele es sich hier um Natur. BM Westhagemann erwiderte, dass der jeweilige Standpunkt eines Betrachters sehr individuell sei.

Bei der Frage der Kosten sah es RM Hollenhorst als notwendig an, auch die Auslastung von Maschinen mit einfließen zu lassen. Herr Siemonsmeier stellte klar, dass diese Betrachtung Aufgabe des Bauhofes sei. Herr Westarp sei für die Steuerung der Kosten verantwortlich. Um jedoch alle notwendigen Kostendaten – auf das Jahr hochgerechnet – zu ermitteln, müsse zuvor über die Leistungsmöglichkeiten nachgedacht werden. Aus diesem Grunde sei die Festlegung der Pflegestandards wichtig. Herr Siemonsmeier gab den Rat, zunächst Leichtes zu entscheiden und bei schwierigen Bereichen eine Annäherung zu finden. Es müsse sich ein Prozess entwickeln. Wichtig sei auch, die Frage der Schönheit aufgrund der Individualität nicht einfließen zu lassen.

RM A. J. Fleiter zeigte sich erstaunt über den großen Bedarf an Wegezeiten. Herr Siemonsmeier stellte klar, dass ein Ansatz von 10 % für Rüst- und Fahrzeiten durchaus realistisch sei und es sich hierbei nicht um die Zeiten von Herrn Westarp handele.

Abschließend waren sich die Mitglieder des HA einig, die Angelegenheit an die Fraktionen zur weiteren Beratung zu verweisen.

**Beschluss:**

Die Ergebnisse der Bauhofuntersuchung werden zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung an die Fraktionen verwiesen.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

Der Power-Point-Vortrag von Herrn Siemonsmeier ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

#### **4 Vorstellung der derzeitigen Pflegerhythmen**

---

Die Kernaufgabenbereiche des gemeindlichen Bauhofes gliedern sich in „Grün“ (Grünflächenpflege) und „Schwarz“ (Verkehrsflächenunterhaltung).

Beide Bereiche binden einen sehr hohen Personalbedarf. In der Sitzung stellte Herr Westarp anhand einzelner Flächen die derzeit bestehenden Pflegerhythmen vor. Für jeden Ortsteil wurden exemplarisch Flächen mit unterschiedlicher Beschaffenheit und Pflugesetzturnus anhand von Kartenausschnitten erörtert. So wurden nicht nur die einzelnen Tätigkeiten wie etwa Bepflanzungen, Pflanzenschnitt, Laubbeseitigung, Rasenmäh und Beete hacken aufgeführt, sondern auch der derzeitige Pflegerhythmus (z. B. jährlich, vierteljährlich, monatlich, wöchentlich bis hin zu 3 x wöchentlich), in direktem Zusammenhang mit den zu pflegenden Flächen dargelegt.

Es war zu beraten, ob die vorgestellten Pflegerhythmen weiterhin Bestand haben sollen, so dass auch der auf dieser Basis festgestellte Personalbedarf unverändert besteht, oder ob mehr oder auch weniger Pflegedurchgänge erforderlich sind, was sich jeweils auf den Personalbedarf auswirken wird.

Folgende Flächen wurden von Herrn Westarp vorgestellt:

- Sportanlage Wadersloh
- Stromberger Straße
- Park Wadersloh
- Kinderspielplatz Nordfeld
- St.- Hedwig-Straße
- Fußweg Bergstraße
- Fußweg Dettmarstraße
- Sportanlage Liesborn
- Abteiumfeld
- Spielplatz Schlesische Straße
- Eickenpfahl
- Liesborn-Göttingen
- Sportanlage Diestedde
- Kettelerstraße
- Lange Straße
- Dorfplatz
- Backhaus

Hierbei ergaben sich die nachfolgend aufgeführten Fragen. RM B. Marx wollte wissen, wie lange die Mähd einer Sportplatzfläche dauere und ob der Großflächenmäher auch durch fachfremdes Personal bedient werden könne. Herr Westarp teilte mit, dass für diese Fläche ca. 1 ½ bis 2 Stunden benötigt würden. Zurzeit werde der dafür eingesetzte Mäher durch einen gelernten Schlosser gefahren.

Beim Bereich Fußweg Bergstraße, der bereits in der Sitzung des HA am 16.06.2008 thematisiert wurde, berichtete Herr Westarp dass die Hecke geschnitten wurde. Ein Teilbereich der Hecke stünde nicht auf gemeindeeigenem Grundstück. Hier sei ein Rückschnitt nicht erfolgt. Der Eigentümer müsse entsprechend angeschrieben und zur Pflege der Hecke aufgefordert werden.

Auch beim Fußweg Dettmarstraße stünden die Hecken nicht auf gemeindlichen Grundstücken. Auch hier sind die Anwohner anzuschreiben. Zur Problematik der Wasseransammlung teilte Herr Westarp mit, dass dieses Problem erst mit dem Ausbau in den Griff zu bekommen sei.

RM Petertombeck erkundigte sich, wie oft der Sportplatz in Liesborn bewässert werde. Herr Westarp teilte mit, dass dies nach Bedarf erfolge. RM E. Schmidt wollte wissen, womit die Bewässerung durchgeführt werde. Hierzu berichtete Herr Westarp, dass Grundwasser aus der Brunnenanlage genutzt werde.

Zum Dorfplatz in Diestedde wollte RM E. Schmidt wissen, wie und womit der Teich aufgefüllt werde. Hier sei ein Standrohr vorhanden, welches mit Trinkwasser versorgt werde, berichtete Herr Westarp.

Die Rasenflächen am Backhaus in Diestedde werden mit der Hand gemäht, da die Zufahrt für den Großflächenmäher zu eng ist. RM Driftmeier sprach sich dafür aus, dass hier dringend eine Änderung erfolgen müsse. Auf Nachfrage von RM Jungilligens teilte Herr Westarp mit, dass nicht die Breite, sondern die Höhe der Zufahrt ein Problem darstelle.

BM Westhagemann bedankte sich bei Herrn Westarp für seine Ausführungen. Es wurde vereinbart, die Kartenausschnitte und Exeldateien aller zu pflegenden gemeindlichen Grundstücke den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Anmerkung der Verwaltung:

Um sich Flächen vor Ort anschauen zu können, erscheint es sinnvoll, diese Unterlagen als Druckformat vorzulegen. Aus Kostengründen erhalten daher nur die HA-Mitglieder ein Exemplar dieser Unterlagen. Sofern bei der Arbeit in den Fraktionen weitere Exemplare notwendig sind, können diese bei der Verwaltung angefordert werden.

RM B. Marx erkundigte sich, nach welchen Prioritäten der Bauhof die zu erledigenden Arbeiten ausführe. Herr Westarp berichtete, dass zunächst die Flächen bearbeitet würden, die für den Charakter des Ortes prägend seien und die im Blickpunkt der Bürger stünden. Nebensiedlungen würden nachrangig bearbeitet.

Zur weiteren Vorgehensweise machte RM E. Schmidt den Vorschlag, dass jeder bei sich vor Ort nachschauen solle. Dies sah RM B. Marx als kritisch, da sich dann kein einheitliches Bild zeigen würde.

RM Driftmeier äußerte die Meinung, dass der derzeitige Standard nicht unter dem Durchschnitt läge. Heute sei eine andere Erwartungshaltung vorhanden. Außerdem würden Ideen zur Umsetzung fehlen. Er sprach sich dafür aus, Bürger entsprechend zu beteiligen. Diese Idee wurde von RM B. Marx noch konkretisiert. Er schlug vor, beispielsweise einen Ideenwettbewerb ins Leben zu rufen, damit die Bürger sich mit ihrem Wohnumfeld identifizieren würden.

BM Westhagemann stellte abschließend fest, dass es gut sei, sich mit der Thematik zu befassen. In die Untersuchungen sei viel Arbeit gesteckt worden. Wadersloh habe mit seiner ländlichen Struktur ein größeres Arbeitsfeld als eine größere Stadt.

Die Mitglieder des HA waren sich einig, die Angelegenheit an die Fraktionen zur weiteren Beratung zu verweisen. Der seitens der Verwaltung vorgeschlagene Abgabetermin Mitte August wurde von allen Mitgliedern des HA kritisch gesehen, insbesondere wegen der Sommerferien. BM Westhagemann ließ über den abgeänderten Beschlussvorschlag abstimmen. Es ergeht folgender

**Beschluss:**

Die Aufstellung der derzeitigen Pflegerhythmen der Grün-, Sport- und anderen Flächen der Gemeinde Wadersloh werden zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung an die Fraktionen verwiesen.

**Abstimmergebnis:** einstimmig angenommen.

## **5 Neueste Entwicklungen zu Ganztags- und Betreuungsangeboten an Haupt- und Realschulen**

---

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung hat aktuell durch Rundschreiben und Verwaltungsgespräche auf die große Bedeutung des Ausbaus des Ganztagsbetriebes und der pädagogischen Übermittagsbetreuung an Haupt- und Realschulen sowie an Gymnasien hingewiesen. Gleichzeitig wurden Antragstermine für die neuen Förderprogramme bekanntgegeben. Das Land NW stellt insgesamt 175 Mio. Euro für den Ausbau von Ganztagsangeboten bis zum Schuljahr 2009/2010 für die Sekundarstufe I bereit.

Aufgrund vorgegebener Antragstermine sind nun dringend die weiteren Planungsschritte und Handlungsalternativen zum Ausbau eines Ganztags- und Übermittagsangebotes an der Geschwister-Scholl-Realschule sowie alternative Nachfolgerprogramme für das bisherige 13 Plus Angebot an der Konrad-Adenauer-Hauptschule festzulegen.

Herr Ahlke stellte in der Sitzung den aktuellen Sachstand wie folgt dar:

Derzeit gibt es drei neue Programme, die sowohl für die Hauptschule als auch für die Realschule anwendbar sind. Diese sind zunächst teilweise voneinander abhängig.

Beim „1000-Schulen-Programm“ können alle Schulsysteme des Sekundarbereichs 1 gefördert werden. Jede geförderte Schule erhält 100.000,00 €, sofern der Schulträger ebenfalls mindestens 100.000,00 € trägt. Ein zukünftiger Ganztagsbetrieb oder eine pädagogische Übermittagsbetreuung ist Voraussetzung für die Förderung. Die Bereitstellung der Mittel stellt bei der Hauptschule kein Problem dar, denn sie sind für 2008 bzw. 2009 bereits im Haushalt vorgesehen. Für die Realschule können im kommenden Haushaltsplan Mittel bereitgestellt werden. Da bei der Hauptschule bereits der zukünftige Ganztagsbetrieb beschlossen wurde, ist auch diese Voraussetzung erfüllt. Bei der Realschule ist noch über die weitere Vorgehensweise zu beraten. Hier könnte das zweite Programm zum Tragen kommen. Dieses Programm heißt „Gebundene Ganztagsrealschule“. Eine Verlängerung ist nicht möglich. In 2009 und 2010 sollen landesweit 108 Schulen umgewandelt werden. Für den Kreis Warendorf bedeutet dies, dass pro Jahr eine Schule gefördert wird. An dieses Programm sind engere Voraussetzungen geknüpft, als seinerzeit bei der Hauptschule. Durch den Schulträger ist sicherzustellen, dass im Umkreis eine Schule mit Halbtagsangebot vorhanden ist. Für Wadersloh kommt nur eine Schule einer Nachbarkommune in Frage. Der Schulträger muss im Vorfeld mit dem Schulträger einer anderen Realschule kooperieren, so dass Schüler aus Wadersloh, die keinen Ganztagsangebot wollen, bei der anderen Realschule aufgenommen werden. Fraglich ist, wer hierfür die Fahrtkosten zu übernehmen hat. Es kann davon ausgegangen werden, dass die abgebende Kommune – also Wadersloh – diese Kosten tragen müssen. Eine Prognose, wie viele Schüler das Ganztagsangebot ablehnen werden, ist schwierig. Sicher ist aber, dass Wadersloh definitiv Schüler abgeben wird. Neben der Frage der Fahrtkosten, hat das vermutlich auch Auswirkungen auf die Schlüsselzuweisungen sowie weitere Nebeneffekte.

Das letzte Programm nennt sich „Geld oder Stelle“ und ist das Nachfolgeprojekt für 13 Plus. Dieses läuft zum 31.01.2009 aus. An das neue Programm sind ebenfalls engere Voraussetzungen gebunden. Ein Nachmittagsunterricht ist verpflichtend einzuführen. Das o. g. Programm muss von der Schulkonferenz beschlossen werden. Der Schulleiter ist für die Umsetzung verantwortlich. Als Förderung erhält die Schule beispielsweise 20.000,00 € oder 0,4 Stellen oder eine Kombination aus beidem. Der Schulträger ist wiederum für die Verwaltung der Mittel zuständig. Auf längere Sicht könnte dieses Programm zu einer ganztagsähnlichen Betreuung führen.

Ergänzend zu „Geld oder Stelle“ schlug Herr Ahlke vor, das bisherige 13 Plus-Programm gemeindlicherseits unter Einbeziehung von Elternbeiträgen weiter zu betreiben, da ansonsten eine Nachmittagsbetreuung kaum durchführbar sei.

Zur weiteren Vorgehensweise wurde seitens der Verwaltung vorgeschlagen, nach den Sommerferien eine Sitzung des SKA anzuberaumen. Anschließend können die Beratungen im HA und Rat erfolgen und somit die engen Antragsfristen eingehalten werden.

RM Petertombeck erkundigte, ob es sich beim Zuschuss für das „1000-Schulen-Programm“ um eine 50 %ige Bezuschussung handele. Herr Ahlke stellte klar, dass nicht mehr als 100.000,00 € ausgezahlt werden, auch wenn die Maßnahme mehr als 200.000,00 € Kosten verursachen würde.

Des Weiteren wollte RM Petertombeck wissen, warum davon ausgegangen werde, dass die Gemeinde Wadersloh die Fahrtkosten für die Schüler übernehmen müsse, die dann die Kooperationsschule besuchen würden. Bisher sei es so geregelt, dass die Fahrtkosten bezahlt werden, weil auch entsprechend Schlüsselzuweisungen für die Schüler ausgezahlt würden. Dies sei aber dann nicht der Fall. Herr Ahlke erklärte, dass das Programm vorsehe, dass der abgebende und der aufnehmende Schulträger dazu eine Einigung erzielen müssten und bisher lediglich angenommen werden müsse, dass die Kosten vom abgebenden Schulträger zu tragen seien.

Die Frage, ob ein Schüler auch eine andere Schule als die Kooperationsschule besuchen könne und wer in diesem Fall die Fahrtkosten tragen müsse, wollte RM Jungillgens wissen. Außerdem erkundigte er sich, ob eine Kooperationsschule auch auf Gegenseitigkeit eingerichtet werden könne. Herr Ahlke teilte mit, dass vieles denkbar sei, aber noch nicht alle Fragen geklärt seien. Wichtig sei, dass alle Informationen gebündelt würden, bevor mit den in Frage kommenden Schulen gesprochen werde.

Die Thematik der Verbundschulen sprach RM Petertombeck an. Hier berichtete BM Westhagemann vom Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund. Hier sei gesagt worden, dass derzeit nur einzelne Pilotprojekte genehmigt würden. Dies sei nur dort möglich, wo der Bestand einer Hauptschule gefährdet sei.

RM Nienaber bezweifelte, ob die Schulkonferenz sich für den Ganztagsbetrieb entscheiden würde. Herr Ahlke stellte klar, dass hierbei der Schulträger die Entscheidung zu treffen habe. Lediglich beim Projekt „Geld oder Stelle“ läge die Entscheidung bei der Schulkonferenz.

Über den Rechtscharakter der Erlasse erkundigte sich RM Bösl. Außerdem wollte er wissen, ob eine Äußerung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund vorläge. Eine schriftliche Äußerung seitens des Städte- und Gemeindebundes liegt nicht vor. Herr Dr. Menzel, Hauptreferent des Städte- und Gemeindebundes für den Bereich Ganztagsoffensive der Landesregierung, hat am 25.06.2008 telefonisch auf Befragen bestätigt, dass die vorliegenden Erlassentwürfe zwar noch keinen abschließenden Rechtscharakter haben, aber auf dieser Grundlage geplant werden sollte. Ansonsten sei es nicht möglich, die vorgeschriebenen Antragstermine einhalten zu können. Schon allein aus diesem Grund sind allen Mitgliedskommunen die Entwürfe bereits umgehend zugeleitet worden. Herr Ahlke berichtete, dass die Erlasse bisher Entwurfscharakter hätten. Er schlug vor, für den 19. August 2008 den Termin für die Sitzung des SKA einzuberaumen. Hierfür sollen alle Daten und Fakten mit aktuellem Stand aufgearbeitet werden. Im Rat könnten anschließend die notwendigen Beschlüsse gefasst werden, so dass noch sechs Wochen bis zur Antragsfrist blieben.

RM Bösl sprach sich dafür aus, nur auf Basis des rechtskräftigen Erlasses weiter zu beraten. Anträge sollten aus Sicherheit schon vorher gestellt werden, betonte BM Westhagemann, auch wenn die Möglichkeiten später nicht wahrgenommen würden. Sofern dies nicht gemacht werde, sah er eine spätere Bewilligung als kritisch.

### **Ergebnis:**

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.



## **6            Verschiedenes**

---

### **6.1        Lampe am Schulweg**

---

RM A. J. Fleiter teilte mit, dass die mittlere Lampe am Schulweg flackert.

**Ergebnis:**

Die Verwaltung wird für eine Reparatur sorgen.

### **6.2        Unterlagen zu P. 3 u. 4**

---

RM B. Marx erkundigte sich, wann die Unterlagen zur Verfügung gestellt würden. BM Westhagemann erwiderte, dass diese mit der Niederschrift versandt werden.

**Ergebnis:**

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

### **6.3        Personalrat**

---

BM Westhagemann teilte mit, dass ein neuer Personalrat gewählt worden sei. Den Vorsitz wird Frau Haske übernehmen. Weitere Mitglieder sind Frau Behrend, Herr Berle, Herr Brauner und Herr Höwekamp.

Das Amt der Gleichstellungsbeauftragten, das Frau Haske bisher bekleidet hat, ist neu zu besetzen. Die neue Beauftragte wird in Kürze bekanntgegeben.

**Ergebnis:**

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

---

Theo Westhagemann  
Bürgermeister

---

Schritfführer